

# Die Corona-Krise und wir

*Roland Sturm*

Es gibt Plattitüden, die man nicht mehr hören kann, wie zum Beispiel „die Krise als Chance“. Es gibt bei jeder Krise Gewinner und Verlierer, wobei die Chancennutzung der Gewinner nicht immer gemeinwohlfördernd sein muss. Vor allem aber haben Krisen den doppelten Effekt, der Gesellschaft ihr wahres Gesicht deutlicher als vorher zu zeigen und Fundamente zu legen für eine Nachkrisenzeit, die auch unerwünschte Züge annehmen kann. Dass niemals alles einfach wieder so wird, wie es war, ist allen klar, ob es besser wird, mag jede/jeder für sich selbst entscheiden. Unsere Zeitschrift, die die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik beobachtet, ist hier mehrfach herausgefordert. Die folgenden Überlegungen beziehen sich darauf, was Ende März 2020 an Krisenfolgen absehbar war.

## 1. Gesellschaft

Auf der Haben-Seite sind sicherlich alle Varianten gesellschaftlicher Solidarität zu verorten. Angefangen von Freiwilligen, die für andere einkaufen, über gemeinsames Klatschen für den Gesundheitsdienst (in Großbritannien oder Italien) bis hin zu dem schlichten Befolgen der Regeln. Die Gesellschaft kann aber auch anders. Sie leistete wenig, um jene, die der deutschen Sprache nicht besonders mächtig sind, in die Gesamtverantwortung miteinzubeziehen, was dokumentiert hätte, dass wir eine einzige



**Prof. Dr. Roland Sturm**

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Institut für Politische Wissenschaft

Gesellschaft sind. Wir haben vor der Krise mit Parallelgesellschaften gekämpft, nach der Krise werden wir hier keine Fortschritte gemacht haben. Jeder für sich, auch dieses Motto gilt für viele weiter. Noch in der Krise sind Urlauber in andere Länder aufgebrochen, mit der festen Erwartung, dass der Steuerzahler durch Zahlen von Sonderflügen sie zurückholt, wenn es ihre Fluglinie nicht mehr tut. In den Supermärkten lieferten sich die Hamsterkäufer einen Wettlauf beim Leerkaufen der Regale.

Entsetzlich sind Entscheidungen, die Ärzte in einigen Ländern treffen (müssen) dürfen, dass wegen eines Mangels an Beatmungsgeräten ab einem bestimmten Alter, Menschen nicht mehr versorgt werden und dem Sterben überlassen sind. Auch Altenheime wurden „vergessen“, Menschen starben. Die Kluft zwischen Alt und Jung wird von Pflegekräften aufopferungsvoll überbrückt – die Gesellschaft tickt anders. Obwohl auch junge Menschen starben, wurden „die Alten“ zur Risikogruppe erklärt (die Herausgeber der GWP fühlen sich mehrheitlich angesprochen). Man darf auch nicht vergessen, dass viele alte Menschen einsam sind – ihre Einsamkeit wird durch die Krise nicht verbessert, wenn Hilfe durch Kirchen oder Vereine nicht mehr möglich ist. Ältere Menschen sind weniger Internet-affin als junge. Wenn nach der Krise Internet-Bequemlichkeiten, die ja auch lukrativ für viele Anbieter sind, stärker genutzt werden müssen, bleiben viele ältere MitbürgerInnen auf der Strecke. Absurde Vorschläge für eine neue Zweiklassengesellschaft wurden laut: Ausgangssperre für die Alten, freie Bahn für die Jungen. Der gesellschaftlichen Spaltung zwischen Alt und Jung wird so mental der Weg geebnet, zumal die Jungen finanziell die Last der Krise tragen müssen. *Ed Yong* vom Magazin „The Atlantic“<sup>1</sup> spricht bereits von der Generation C (Corona), die eine neue Welt gestalten wird (muss). Der *Economist* (vom 28.3.2020) schrieb über die Corona-Krise, sie sei der „Great Divider“, der die Ungleichheit im Lande verschärfen wird. Selbst in der Bildungspolitik öffnet sich eine Kluft zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Haushalten. Erstere sind technisch, habituell und intellektuell besser ausgestattet, ihren Kindern über schul- und kitafreie Monate zu helfen, als letztere. Die Chancen, aus prekären Umgebungen durch Bildung herauszufinden, verringern sich.

## 2. Wirtschaft

Die ökonomischen Folgen der Krise sind gewaltig. Viele Unternehmen schlossen während der Krise die Tore. Damit verloren sie ihr Einkommen, v.a. aber, ihre Mitarbeiter gerieten, trotz staatlicher Hilfsprogramme, in Schwierigkeiten, insbesondere in Ländern wie den USA. In Deutschland hat die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen wieder Fahrt aufgenommen. Am stärksten von der Krise im Unternehmenssektor betroffen sind die Selbständigen, die nicht automatisch auf hohe Rücklagen zurückgreifen können oder in der Lage sind, staatliche Kredite zurückzahlen. Wenn internationale Konzerne ihre Tore wieder öffnen, in welchem Land wird das sein? Werden in den Hochlohnländern alle Arbeitsplätze erhalten bleiben? Es war die Rede davon, dass der Staat zur Not Unternehmensteile erwerben könnte, bleibt es nach der Krise bei mehr Staat in der Wirtschaft? Was wird aus den Banken,

wenn Firmen ihre Kredite nicht mehr bedienen können? Die Krise wird in ihren ökonomischen Folgen als schwerwiegender als die Finanzkrise 2008 angesehen.

Eine Staatsschuldenkrise scheint unvermeidbar. Die Verschuldung Italiens liegt beispielsweise schon heute deutlich über 100% des BIP, erreicht sie das Doppelte wird der Zinssatz gewaltig sein, wenn überhaupt der Privatsektor Italien noch Geld borgt (Italien steht hier für einige Euroländer pars pro toto). Die EZB akzeptiert faktisch wertlose Versprechen des italienischen Staates, wenn dieser sich weiteres Geld leiht. Eine neue Eurorettung ist so kaum zu vermeiden. Es ist bedenklich, wenn der dafür geschaffene Rettungsfonds ESM schon in der Krise seiner Reserven beraubt werden sollte, die er nach der Krise eigentlich braucht. Die gefüllten Kassen des ESM sind als Argument insbesondere für jene Staaten attraktiv, die Eurobonds ebenso ablehnen wie Corona-Bonds, mit denen nationale Schulden vergemeinschaftet werden sollen. Für Deutschland ist es wenig erfreulich, hier zum Zahler zu werden, aber eventuell ist ein Kompromiss unumgänglich, um den Euro-Raum zu erhalten. Dies innenpolitisch zu vermitteln fällt nicht leicht und wird der AfD Argumente liefern. Fest steht, so meint der Spiegel (vom 21.3.2020): „Am Ende des Corona-Schocks wird die Welt noch mehr verschuldet sein als zuvor und das System noch anfälliger.“

### 3. Politik

Das Argument für eine bestimmte Aufgabe, wie die Klimapolitik (ebenfalls eine Menschheitsaufgabe sagen ihre Protagonisten), sei kein Geld da, wenn der Virus massive Ressourcen mobilisieren konnte, wird schwerer fallen. Denkbar ist aber auch eine weitgehende Sparpolitik, um die Krisenkosten abzdämpfen, verbunden mit Steuererhöhungen und wegen des zeitweise gesunkenen Lohnniveaus geringere Rentenanpassungen. Staatliche Interventionen in die Wissenschaft (*Donald Trump* darf das Tübinger Corona-Labor nicht abwerben) und in strategische Produktion (Arzneimittel sollten nicht ausschließlich außer Landes produziert werden, weil dies billiger ist) werden in Zukunft wahrscheinlicher, auch als Lehre aus der Krise. Die staatliche Industriepolitik (sogar in den USA, um Boeing zu retten) bekommt neuen Schwung.

Nach der Krise wird auch der „Überwachungsstaat“ stärker sein. In der Krise haben in einigen Ländern Drohnen Menschenansammlungen aufgespürt, Bewegungsprofile wurden durch Handy-Überwachung geschrieben und mit Handy-Nachrichten wurden Bürger dirigiert. Eine ganze Reihe von Data Tools wurden entwickelt, um der Pandemie Herr zu werden. Leider eignen sich diese aber auch dafür, die Privatsphäre der BürgerInnen einzuschränken.

Die Corona-Krise hat auch eine Systemkonkurrenz belebt: Können Diktaturen und Autokratien eine Krise besser bewältigen als Demokratien? China behauptet dies und schickte zum Beweis Hilfsgüter nach Italien. In Europa wurde zur Krisenbewältigung umstandslos eine Reihe von Grundrechten eingeschränkt. Dass diese Einschränkungen nach der Krise verschwinden, ist zu erwarten. Hoffentlich bleibt die Zivilgesellschaft wachsam. In Deutschland wurde wie bei jedem Problem in jüngster Zeit mal wieder der Föderalismus beschuldigt, Problemlösungen zu behindern. Abge-

sehen davon, dass in nichtföderalen Staaten, wie Japan oder Frankreich, die Krise keineswegs besser gelöst wurde, sei den Föderalismusverachtern gesagt: Ohne die bayerischen „Alleingänge“ oder das Drängen der Gouverneure in New York oder New Jersey, wäre die Krise schlimmer gewesen. Die substaatliche Ebene vor Ort hat die Probleme besser erkannt und schneller agiert als der Zentralstaat.

### Risiken des neuen Überwachungsstaats

Anwendung	Zweck	Datenquelle	Risiko für Bürgerrechte	Wo
Quarantäne durchsetzen	Überprüfen, ob Menschen da sind, wo sie sein sollen	GPS Daten vom Handy oder Armband	Mittel	Hong Kong, Taiwan, Singapur, China
Kontakte nachverfolgen	Wissen, wer mit wem kommunizierte	Regierung erhebt Daten von den Internetgesellschaften; Handys sind zusammengeschaltet	Hoch Niedrig	Singapur, Südkorea Weltweit
Bewegungsprofile	Wieviele Menschen sind an einem bestimmten Platz, und wie schnell bewegen sie sich	Daten der Mobil-Sendemasten	Niedrig	Google, USA und weitere
Sozialer Verdichtungsmesser	Welche Menschen treffen sich öfter	Sendemasten und Lernprogramme für Datenauswertung	Hoch	Unbekannt

Quelle: The Economist, 28.3.2020, S. 19.

## 4. Fazit

Was bringt uns die Nach-Corona-Zeit? Vermutlich mehr Staat, auch mehr Sozialstaat, eine tiefe wirtschaftliche Krise und gesellschaftliche Konflikte zwischen arm und reich, jung und alt, Krisengewinnern und Krisenverlierern. International haben wir uns wieder an Grenzen (und Grenzkontrollen) gewöhnt, der Schengen-Raum wird eine Weile brauchen, um sich von dem Bruch sämtlicher Regeln zu erholen. Wie lange Feuerwehrleute, PflegerInnen und Krankenhauspersonal weiterhin unsere Helden in systemrelevanten Berufen sind, bleibt dahin gestellt. Politisch ist aus der Krise wenig Kapital zu schlagen, auch wenn es bereits Ankündigungen gibt, nach der Krise das politische Krisenmanagement zu evaluieren. Vor allem die ökonomischen Baustellen werden die Politik beschäftigen. Zudem, wenn es nicht gelingt, den vielen Kulturschaffenden, die von der Hand in den Mund leben, zu helfen, wird Deutschland kulturell verarmen: Das gilt beispielsweise für Buchhändler, Theater, das Kabarett oder Straßenkünstler. Der Exekutive sollte ihre dominierende Rolle in der Krise nicht zu Kopfe steigen. Es gibt keinen Grund, an den Fähigkeiten der parlamentarischen Demokratie und des Föderalismus zu zweifeln.

### Anmerkung

1 Ed Yong, Our Pandemic Summer vom 14.4.2020, <https://www.theatlantic.com/feed/author/ed-yong/>.